



Ausschussdrucksache 21(23)53

vom 27. Januar 2026

Schriftliche Stellungnahme

des Sachverständigen Prof. Dr. Herbert Zech
Weizenbaum-Institut

Öffentliche Anhörung am 28. Januar 2026

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnung über
europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz – DGG)
BT-Drs. 21/3544

26. Januar 2026

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnung über europäische Daten-Governance, BT-Drs. 21/3544

Der Data Governance Act entscheidet nicht primär darüber, wie *mehr* Daten genutzt werden können, sondern darüber, unter welchen institutionellen und rechtlichen Bedingungen Datenweiterverarbeitung stattfindet. Das Daten-Governance-Gesetz schafft hierfür die nationalen Durchführungsbestimmungen. Ziel ist es, eine vertrauenswürdige, sichere und grundrechtssichernde Datengesellschaft zu fördern. Diese Zielsetzung unterstützen wir ausdrücklich.

I. Zuständigkeit der Bundesnetzagentur und des Statistischen Bundesamts

Der Kabinettentwurf benennt die Bundesnetzagentur als zentrale Aufsichtsbehörde. Vor dem Hintergrund, dass sie voraussichtlich auch für weitere EU-Digitalrechtsakte eine Schlüsselrolle übernehmen wird, ist die Einhaltung der unionsrechtlichen Vorgaben zur institutionellen Unabhängigkeit von besonderer Bedeutung. § 2 Absatz 2 DDG-E stellt, in enger Orientierung an Art. 26 Absatz 2 DGA, klar, dass die Aufsicht rechtlich getrennt und funktional unabhängig, unparteiisch und diskriminierungsfrei auszuüben ist. Diese deutliche Anlehnung an den Wortlaut des DGA ist zu begrüßen, da sie Auslegungsspielräume reduziert und Rechtssicherheit schafft.

Positiv hervorzuheben ist die in § 2 Absatz 3 Satz 2 DGG-E ausdrücklich normierte organisatorische, personelle und räumliche Trennung zwischen den Aufgaben nach dem Data Governance Act und der Bundesstatistik. Diese Klarstellung stärkt Zweckbindung, Datenschutz und institutionelle Rollenklarheit und ist aus rechtsstaatlicher Perspektive konsequent.

Aus Sicht des Weizenbaum-Instituts ist insgesamt entscheidend, dass sowohl Bundesnetzagentur als auch Statistisches Bundesamt über ausreichende personelle Ressourcen und datenschutzrechtliche, grundrechtliche und gesellschaftliche Fachkenntnisse verfügen.

